



Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

2020/2009(INI)

27.3.2020

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

für den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

zur Stärkung der Medienfreiheit: Schutz von Journalisten in Europa, Hetze,
Desinformation und die Rolle von Plattformen
(2020/2009(INI))

Verfasserin der Stellungnahme (*): Diana Riba i Giner

(*) Assoziierter Ausschuss – Artikel 57 der Geschäftsordnung

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ersucht den federführenden Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. ist der Ansicht, dass eine umfassende Strategie, die unter anderem auf Medien- und Informationskompetenz beruht und mit der die Bürger in die Lage versetzt werden sollen, Medieninhalte kritisch zu bewerten und den Unterschied zwischen Meinungen und Fakten zu erkennen, erforderlich ist, um gegen Desinformation und Falschmeldungen vorzugehen, ein Klima des Vertrauens in die Medien wiederherzustellen und Bedrohungen der demokratischen politischen Prozesse entgegenzuwirken;
2. fordert die Kommission auf, eng mit den Mitgliedstaaten und Organisationen der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten, um gemeinsame Lehrpläne im Bereich Medienkompetenz zu entwickeln und alle Bürger auf dem Wege der formalen, nichtformalen und informellen Bildung sowie des lebenslangen Lernens zu erreichen;
3. betont, dass der Pluralismus der Medien sowohl online als auch offline aufgrund der Eigentumskonzentration im Medienbereich ernsthaft gefährdet ist, die dazu geführt hat, dass bestimmte Akteure eine marktbeherrschende Stellung im Medienbereich einnehmen und Informationen nutzen, um politische und gesellschaftliche Ziele zu verfolgen, und eine Verringerung der Qualität, der Vielfalt und der Zuverlässigkeit der verfügbaren Informationen nach sich gezogen hat;
4. ist der Ansicht, dass eine nicht diskriminierende, umfassende und ausgewogene Medienberichterstattung für eine freie und gut unterrichtete Gesellschaft in Europa von wesentlicher Bedeutung ist; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine inklusive Medienlandschaft zu fördern, in der mehr Frauen, Migranten und Flüchtlinge sowie Mitglieder der LGBTI+-Gemeinschaften und Menschen mit Behinderungen Kreativberufe ausüben und Positionen mit Entscheidungsbefugnis bekleiden, was wiederum zur Verringerung von Stereotypen in den Medien beitragen würde;
5. ist der Ansicht, dass bei der Bekämpfung von Desinformation die grundlegenden Prinzipien des Zugangs zu Information und vor allem der freien Meinungsäußerung, einschließlich der künstlerischen Freiheit, stets Vorrang haben sollten;
6. weist darauf hin, dass die nationalen Medien, insbesondere die öffentlich-rechtlichen Medien, eine große Verantwortung dafür tragen, dass die kulturelle, sprachliche, gesellschaftliche und politische Vielfalt angemessen widerspiegelt wird und dass die Bürger ausführlich über alle Themen informiert werden, die für sie in ihrem täglichen Leben von Belang sind, einschließlich der EU-Politik und der Nachrichten über die EU.